

Richard Reichel

Schatten auf der Republik in der Gegenwart, taugt ein Vergleich mit Weimar?

Charakteristisch sowohl für die Weimarer Republik als auch die Berliner Republik sind **krisehafte Herausforderungen** denen gegenüber sich die parlamentarischen Systeme als unzureichend handlungsfähig erwiesen haben bzw. erweisen. Dabei existiert in beiden Zeiträumen sowohl ein **Erkenntnis- als auch ein Handlungsdefizit**. Diese Defizite untergraben das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Politik und führen zum Auftreten neuer politischer Wettbewerber, die mitunter als „Populisten“ bezeichnet werden.

Herausforderungen Weimarer Republik:

Explizite Staatsschuld 1918 – Schwächung der wirtschaftlichen Basis, auch durch Gebietsabtretungen – Reparationen – Folgen: Hyperinflation, später Depression

Herausforderungen Berliner Republik:

Demographie – Wiedervereinigung – Kosten der Flüchtlingspolitik – EU und Euro-Rettung – unsichere Zukunft Europas – Geopolitik

Weimar und Berlin:

Letztlich lassen sich diese Probleme (zumindest in großen Teilen) in **Staatsschuldkoeffizienten** abbilden. Für Weimar kann man anfänglich (!!) ca. 300% annehmen, gegenwärtig 150% plus. In Weimar war diese Schuld nicht zu stemmen (trotz späterer Reduzierung der Reparationen weitere Ausweitung der Staatsverschuldung). Deshalb stellten sich Chaos und die bekannten üblen Konsequenzen bereits kurzfristig ein. Heutige "Schuldenbremsen" sind angesichts der europäischen Risiken ohne größere Bedeutung.

In beiden Perioden begünstigt die politische Verfassung eine **Lastverschiebung** in die Zukunft. In Weimar hat dies nur wenige Jahre funktioniert, in Berlin ist mit längeren Zeiträumen zu rechnen. Ricardianische Äquivalenz kann nicht unterstellt werden, es ist also gegenwärtig eine Lastverschiebung in die Zukunft (und damit Schonung der Gegenwartsgeneration) möglich.

Rein **ökonomische** bzw. **ökonomisch-politische Kartelle** sind umso eher zu erwarten, je höher die Zeitpräferenzrate ist. (In der Weimarer Republik war die Zeitpräferenzrate bedingt durch wirtschaftliches Elend - im Vergleich zu vor 1914 - hoch.) Kartelle sind aber der **Gegenentwurf zur Ordnungspolitik**. Die Weimarer parlamentarische Demokratie hat es nicht vermocht, angesichts der wirtschaftlichen Probleme die Produktivität zu erhöhen. Dazu hätte es Wettbewerb und eine stabile Währung geben müssen. Das eine konnte man gar nicht, das andere erst zu spät sicherstellen.

Direkte Demokratie (kaum aber parlamentarische Demokratie) ist ein Mittel gegen ökonomisch-politische Kartelle. Hauptvorteil ist die transparente Zuweisung von Verantwortung und die größere Unabhängigkeit von Interessengruppen. Direkte Demokratie bearbeitet "konkrete Projekte", ideologisch geprägte Parteidebatten ("mehr Gerechtigkeit", "Heimat") sind weniger relevant. Allerdings ist es schwierig, parlamentarische Entscheidungsprozesse durch direktdemokratische zumindest zu ergänzen, da Direktdemokratie als **Wettbewerber** wahrgenommen wird. Sie wird deshalb von den Vertretern des Parlamentarismus bekämpft werden.

KURZVERSION

Parlamentarische Demokratien haben Probleme bei der Lösung von "Großkrisen". Sie begünstigen die Bildung von Kartellen, sowohl von rein ökonomischen Kartellen, als auch von ökonomisch-politischen Kartellen. Diese Kartelle behindern die effiziente Krisenbewältigung und sind der Gegenentwurf zu einer Ordnungspolitik im Euckenschen Sinn. Je mehr demokratische Entscheidungsprozesse im Sinne einer direkten Demokratie (beispielsweise nach Schweizer Modell) ausgestaltet werden, desto weniger Kartelle entstehen und desto effizienter erfolgt die Krisenbewältigung.